

15/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Die schwierige Wahl in Schleswig-Holstein

Der Ausgang der Landtagswahl in Schleswig-Holstein stand im Mittelpunkt einer eingehenden Diskussion im Präsidium und Bundesvorstand der CDU am Montag, 9. Mai 1988, in Bonn. Vor der Presse erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, u. a.:

Wir haben in Schleswig-Holstein eine schwere Wahlniederlage erlitten. Da ist nichts zu beschönigen. Das Ergebnis spricht für sich. Es ist für uns eine schwere Niederlage. Dabei ist offenkundig geworden, was wir im Laufe der letzten Monate und auch im Wahlkampf selbst verspürten, daß der tiefe Schock im Zusammenhang mit der Barschel-Affäre nicht überwunden werden konnte. Die Reaktion vieler Mitbürger auch in unserer eigenen Anhängerschaft war, daß man diesen Vorgang nicht einfach wegsteckt und vergißt, sondern daß man glaubte, es der Partei anrechnen zu müssen.

Heiko Hoffmann, unser Spitzenkandidat, hat gemeinsam mit den Freunden in Schleswig-Holstein in dieser Lage einen besonders schwierigen Wahlkampf zu führen gehabt. Ich habe ihm und allen andern Freunden, auch Gerhard Stoltenberg und Henning Schwarz gedankt, daß sie unsere Sache gut vertreten haben. Die Ausgangsposition war so, daß für uns diese Wahl nicht zu gewinnen war. So richtig es ist, daß die Vorgänge um Uwe Barschel die Wahl entscheidend geprägt haben, so falsch wäre es, das Wahlergebnis ausschließlich im Blick auf die Barschel-Affäre zu sehen.

Es steht außer Frage, daß Streit und Diskussion in der Koalition in den letzten Wochen unsere Wahl-

HEUTE AKTUELL

● Wahlen in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein.
Grüner Teil

Stellungnahmen von Helmut Kohl, Heiko Hoffmann und Gerhard Stoltenberg.
Seiten 1 bis 4

● Beschäftigung

Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Seite 7

● CDU

Berichte von den Landesparteitagern in Berlin, Bremen und Oldenburg.
Seiten 10 bis 12

● Recht

Bericht vom rechtspolitischen Kongreß des BACDJ in Bonn.
Seite 13

● Öffentlichkeitsarbeit

Flugblatt zur Gesundheitsreform. Seite 15

CDU für Wiederwahl des Bundespräsidenten

In der Sitzung des Bundesvorstands der CDU am Montag, 9. 5. 1988, wurde auch die Frage der Nominierung des Bundespräsidenten besprochen, dessen Wahl im Mai 1989 für die nächste Legislaturperiode ansteht. Die CDU schlägt den jetzigen Bundespräsidenten, Dr. Richard v. Weizsäcker, zur Wiederwahl vor. Dazu Helmut Kohl: Wir haben vor fünf Jahren Richard v. Weizsäcker nominiert. Er erhielt eine klare Mehrheit in der Bundesversammlung. Ich bin sicher, das wird auch dieses Mal der Fall sein. Der Bundespräsident hat seine Aufgaben in einer vorbildlichen Weise geführt. Mit einem hohen Maß an Souveränität, mit Offenheit und Sensibilität für die Anliegen unserer Mitbürger, mit einer glänzenden Repräsentanz der Bundesrepublik in der Welt, hat Richard v. Weizsäcker sich in diesen Jahren in das Buch der deutschen Geschichte eingeschrieben. Wir sind sehr erfreut darüber, daß unser Vorschlag auch die Zustimmung bei CSU, SPD und FDP findet.

chancen nicht gerade verbessert haben. Zu den Gründen gehört auch, daß wir mitten in der Diskussion um schwierige Reformvorhaben stehen, die wir alle durchsetzen und durchführen werden, und zwar termingerecht. Ich nenne die Steuerreform, die Reform im Gesundheitssystem, die Postreform, die alle im Augenblick im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehen, und die natürlich unseren politischen Gegnern, vor allem dann, wenn man mit völlig falschen Zielen und Daten operiert, Gelegenheit zur Diffamierung unserer Sache geben. Ich bin davon überzeugt, daß, wenn diese Reformen parlamentarisch durchgesetzt und abgehakt sind, jedermann sieht, welche Vorteile er davon hat und daß wir auch den parteipolitischen Ertrag davon haben werden.

Splitterparteien haben nicht zulegen können

Noch eine kurze Bemerkung zu einem Thema, das bei der letzten Landtagswahl eine ziemlich wichtige Rolle spielte, nämlich das Thema „Splitterparteien“. Es gab ja nach der Wahl in Baden-Württemberg viele Prognosen, die darauf hindeuteten, daß das Ergebnis der Wahl in Schleswig-

Holstein noch mehr gekennzeichnet sein würde von einem starken Aufkommen der rechten Splitterparteien. Nichts von dem ist eingetreten. Ich erinnere daran, daß ich schon damals dieser These widersprochen habe. So unerfreulich in vielem der gestrige Tag für uns war, so erfreulich ist es, daß die Splitterparteien trotz des erheblichen Angebotes an kleinen Gruppierungen in Schleswig-Holstein nicht zulegen konnten. Ich rechne damit, daß dies auch bei den zukünftigen Wahlen, die vor uns liegen, so sein wird. Wir haben uns in der heutigen Sitzung außerdem intensiv mit der **Vorbereitung des Bundesparteitages in Wiesbaden befaßt**. Wir werden dort am ersten Tag den Leitantrag zum Thema „Außen- und Sicherheitspolitik“, am zweiten Tag den Leitantrag zum „Christlichen Menschenbild“ und die Konsequenzen, die sich daraus für unsere Politik ergeben, besprechen, und am dritten Tag eine Analyse der CDU als Volkspartei vornehmen. Ich selbst werde dazu das Hauptreferat halten und bin ziemlich sicher, daß wir so auch die Konsequenzen, die aus dem Kieler Wahlergebnis für die Bundespartei zu ziehen sind, in einer vernünftigen Weise aufarbeiten.

Heiko Hoffmann:

Ich gehe meinen Weg weiter

Der unterlegene Spitzenkandidat und zukünftige Fraktionsvorsitzende im Kieler Landtag erklärte u.a.:

Ich habe mich bemüht, seit mir die Partei die Aufgabe übertragen hat, in diese Landtagswahl als Spitzenkandidat zu gehen, die schlimmen Folgen der Barchel-Affäre durch Zurückgewinnung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu erreichen. Die Wähler haben eindeutig entschieden, der SPD das Regierungsmandat gegeben. Ich gehe meinen Weg weiter, der von den Parteifreunden unterstützt wird. Wir werden in der Fraktion sehr schnell zu einer neuen Formierung kommen. Ich sage aus der Einschätzung dessen, was hinter uns liegt: Wir werden in der Partei, sicher auch in der Fraktion,

die eine oder andere Diskussion bekommen. Wir wollen uns ihr auch stellen, denn es ist ja das eine oder andere kritische Wort zu dem gesagt worden, wie ich mich im Wahlkampf verhalten habe.

Ich werde in der Art und Weise weitermachen, weil ich glaube, daß wir eine gute Chance haben, und weil das auch meinem persönlichen Zuschnitt und meiner Vorstellung von Politik entspricht: Eine sehr harte Auseinandersetzung in der Sache, aber dabei immer erkennbar werden lassen, daß der Respekt vor dem Andersdenkenden bestehen bleibt. Ich habe große Zustimmung erfahren. Dies ermutigt mich, und ich glaube, daß ich sowohl in der Fraktion wie auch in der Partei dafür ein breites Votum erhalte.

Gerhard Stoltenberg:

Den Tiefpunkt schnell überwinden

Der Landesvorsitzende Gerhard Stoltenberg erklärt in der gleichen Pressekonferenz u.a.: „Das, was unser Bundesvorsitzender Helmut Kohl eben ausgeführt hat, unterstreicht unseren Eindruck, daß die weiterwirkenden Folgen der schlimmen Affäre des vergangenen Herbstes uns hart getroffen haben.“

Wir haben das schlechteste Wahlergebnis bei einer Landtagswahl seit 1954. Wir haben einen sicher schwierigen Weg vor uns, aber wir wollen auch versuchen, schon sehr schnell die Voraussetzungen für eine gute politische Arbeit zu schaffen. Wir müssen sofort bestimmte Überlegungen anstellen, die Diskussionsfähig-

keit, die Arbeit unserer Partei in einer Reihe von Punkten weiterzuentwickeln und zu verbessern. Ich werde dazu Vorschläge machen. Sicher werden auch andere dazu beitragen. Wir haben einen Tiefpunkt erreicht, der schwere Probleme mit sich bringt, aber ich gehe davon aus, daß wir bei aller kritischen Diskussion, der wir uns als die verantwortlichen Politiker zu stellen haben, die Kraft haben, gemeinsam Konsequenzen zu ziehen.

Versuche, die Partei oder ihre Führung zu spalten, werden nach meiner Überzeugung keinen Erfolg haben. Ich möchte Heiko Hoffmann für seinen hervorragenden Einsatz danken. Er hat seit seiner Nominierung zum Spitzenkandidat den

Neubeginn, der auch in der stärkeren Orientierung an den ethischen Grundlagen unserer Partei und unseres Grundsatzzprogrammes beruht, überzeugend deutlich gemacht. Er hat ein Stück Vertrauen zurückgewonnen. Wir alle sind ihm dafür dankbar und wir glauben, daß dieser Weg uns bei späteren Wahlen auch mehr Zustimmung bringen kann als dies heute der Fall war.“

Pressestimmen nach der Wahl

Die Kieler Konstellation war nicht mit Entwicklungen in anderen Ländern zu vergleichen, sie bleibt hoffentlich eine einmalige Ausnahme. Der Erfolg der bisherigen SPD-Opposition ist damit gleichzeitig ein Beweis für die Funktionsfähigkeit demokratischer Kontrollmechanismen.

(Hessischer Rundfunk)

Erfreulich für die CDU ist lediglich, daß die ultrarechten Parteien, die sich als Alternative für unzufriedene Christdemokraten präsentiert hatten, keine Anziehungskraft ausüben konnten.

(Niederländischer Rundfunk)

Jetzt wird die FDP in Bonn etwas kleiner aussehen, und das kommt auch Kohl zugute...“

(BBC, London)

Diesen dicken weißen Fleck im Norden kann sich die Union auf Dauer nicht leisten...“

(Norddeutscher Rundfunk)

Der Wahlausgang in Schleswig-Holstein bedeutet noch nicht, daß die SPD auch eine Bundestagswahl gewinnen würde, wenn eine solche stattfände.

(Schwedischer Rundfunk)

So verständlich das Hochgefühl ist, in dem sich die Sozialdemokraten nach einem der größten Wahlerfolge in ihrer Geschichte befinden, der Sieg in Schleswig-Holstein hat die Tür für einen Wiedereinzug in das Bonner Kanzleramt nicht einmal einen Spalt weiter geöffnet.

(Deutschlandfunk)

Heiko Hoffmann neuer Fraktionsvorsitzender

Der Landesvorstand und der Landesausschuß der CDU Schleswig-Holstein haben sich in zwei Sitzungen ausführlich mit der schweren Wahlniederlage befaßt. Dabei wurde deutlich, daß sich die Partei insgesamt zu ihrer Verantwortung für die Niederlage bekennt.

Landesvorsitzender Bundesminister Gerhard Stoltenberg machte die schweren Anforderungen deutlich, die an die Partei und an die neue Landtagsfraktion in ihrer neuen Aufgabe als Opposition gestellt werden. Es komme darauf an, sagte Stoltenberg, diese Aufgabe mit ganzer Kraft und geschlossen anzugehen. Dabei solle sich niemand über die Schwierigkeiten täuschen, die nach so langer Zeit der Regierungsverantwortung bewältigt werden müßten.

Der CDU-Spitzenkandidat und neue Fraktionsvorsitzende im Kieler Landtag, Heiko Hoffmann, erklärte unmittelbar nach seiner einstimmigen Wahl zum neuen Fraktionsvorsitzenden vor dem Landesausschuß: „Niemandem wird es gelingen, zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und dem Landesvorstand oder dem Landesvorsitzenden einen Keil zu treiben.“ Für die Fraktion komme es darauf an, die politische Auseinandersetzung mit der Regierungsfraktion im Kieler Landtag deutlich und mit sachlicher Härte zu führen. Dies werde allerdings nicht zu persönlichen Angriffen führen. Im Landesausschuß der CDU Schleswig-Holstein baten zahlreiche Delegierte den CDU-Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg, in seinem Amt zu bleiben, um gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Heiko Hoffmann die Partei durch Kontinuität und Neuanfang in ihre neue Rolle als Oppositionspartei zu führen.

Dohnanyi geht – Hamburgs Probleme bleiben

Zwei Tage nach der Schleswig-Holstein-Wahl erklärte Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi seinen Rücktritt. Nachdem in den Wochen zuvor Dohnanysis Isolierung in der eigenen Partei deutlich geworden ist, klingt seine Begründung — Amtsmüdigkeit — wie vorgeschoben. Hamburgs CDU führt den Rücktritt auf die ungelösten und für den SPD-FDP-Senat unlösbaren Probleme der Stadt zurück und fordert Neuwahlen.

Die wahren Gründe für den Rücktritt des Ersten Bürgermeisters Dohnanyi sind in der Hansestadt Hamburg während der letzten Monate so deutlich geworden, daß an einen Rücktritt aus Amtsmüdigkeit nicht zu glauben ist. Dohnanyi wurden nicht zuletzt seine Alleingänge, mit denen er die Probleme der Stadt lösen wollte, zum Verhängnis.

So auch in der Frage der besetzten Häuser der Hafensstraße, als Dohnanyi sein politisches Schicksal mit der von ihm angestrebten „Vertragslösung“ verband. Doch bis heute hat kein einziger der Besetzer einen Vertrag unterschrieben. Von einer Befriedung der Hafensstraße kann keine Rede sein, die Hamburger CDU hat eine endlose Kette von Gewalttaten, die von den Chaos-Häusern ausgeht, dokumentiert. Die Interessen von Teilen der SPD sind so mit denen der Besetzer verknüpft, daß die der Bedrohung einzig angemessene Räumung auch unter einem neuen SPD-Bürgermeister nicht zu erwarten ist.

Die Finanzprobleme der Hansestadt Hamburg können einem Senator schon den Schlaf rauben. Für das laufende Jahr beschnitt der Senat die für die Wirtschaft Hamburgs wichtigen Investitionen in

katastrophalem Ausmaß. Für den Etat 1989, dessen Aufstellung Dohnanyi seinem Nachfolger als Hypothek hinterläßt, tun sich Milliardenlöcher auf.

Die Probleme des Erwerbs der Neue-Heimat-Wohnungen reicht Dohnanyi ebenfalls an seinen Nachfolger weiter. Für die SPD wird sich fatal auswirken, daß die Wohnungsübernahme de facto durch eine Erhöhung der Mieten im Sozialen Wohnungsbau der Stadt finanziert werden soll. Das trifft viele SPD-Wähler ins Mark. Überdies verschleppt die Gewerkschaftsfirma BGAG die Zustimmung zum mühsam zwischen SPD und FDP ausgehandelten Kompromiß.

Ebenso platzte Dohnanysis Idee, die wirtschaftlich wichtige Speicherstadt im Hamburger Freihafen in ein Yuppiewohnviertel mit Einkaufspassagen umzuwandeln. Auch das mag Dohnanyi persönlich tief getroffen haben.

Der CDU-Landesvorsitzende Jürgen Echternach und der Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Perschau machten deutlich, daß Neuwahlen die einzig angemessene Folgerung aus dem Rücktritt Dohnanysis sind. Mit ihm hatte die SPD die Bürgerschaftswahl vom Mai 1987 gewonnen, sein Scheitern an den ungelösten Problemen der Stadt macht Neuwahlen unumgänglich. Wenn der Rücktrittentschluß länger zurückliegt, dann hat Dohnanyi die Öffentlichkeit über Monate getäuscht. Die FDP war mit dem Versprechen, auch in Hamburg für eine Wende zu sorgen, in den Bürgerschaftswahlkampf gezogen. Jetzt müßte sie ihr Versprechen wahr machen, für Neuwahlen eintreten und sich nicht von taktischen Überlegungen leiten lassen.

Rita Süßmuth für Beschränkungen bei Spielhallen

Bei den derzeitigen Beratungen der Spielhallenproblematik im Deutschen Bundestag müssen nach Auffassung der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit rechtliche Instrumente gefunden werden, um die Überflutung der Städte mit Spielhallen wirksam einzudämmen. Es gehe jetzt darum, den Städten im Bauplanungsrecht gerichtsfeste Ablehnungsmöglichkeiten für diese und andere Vergnügungsbetriebe an die Hand zu geben.

Außerdem müsse den Gefahren des pathologischen Vielspiels an Geldspielgeräten durch Entschärfung des hohen Verlustrisikos begegnet werden. Die ursprünglich als harmlos angesehenen Geldspielgeräte seien durch elektronische Spielekoppelung inzwischen zu den Umsatzmagneten der Branche geworden, die in Spielhallen und Gaststätten eine Gefahr für Gutgläubige darstellten.

Rita Süßmuth setzte sich in diesem Zusammenhang dafür ein, die gewerbliche Nutzung des Spielbetriebes neu zu bewerten. Was vor Jahrzehnten einmal harmlos begonnen habe, habe durch Nutzung von Umwegen und Nischen allmählich eine völlig andere Qualität erhalten. Aus einst 10 Pfennig Einsatz und höchstens drei Geldspielgeräten seien heute in zusammenschalteten Serien Einsätze und Gewinne von zwei bis dreistelligen DM-Beträgen und bis zu dreistellige Zahlen von Geldspielgeräten pro Spielhallenkomplex geworden. Hier sei es an der Zeit, gegen die Falschetikettierung anzugehen und klarzumachen, worum es wirklich gehe.

Ministerin Süßmuth sprach sich in die-

sem Zusammenhang auch dafür aus, die Branche zu verpflichten, Spielhallen auch als Spielhallen zu bezeichnen. Zur Schöpfung bestimmte Begriffe wie Spiel-Center, Billard-Café oder Freizeit-Center oder Reklame-Lichtbänder mit lauter positiv besetzten Begriffen wie Spiel, Sport, Geselligkeit, Spaß und Spannung ohne Hinweis auf die Art des Betriebes, stellten eine Verschleierung des wahren Angebotes dar, wenn in der Spielhalle Geldspielgeräte aufgestellt seien.

Die Bundesgesundheitsministerin wies darauf hin, daß im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1988 eine Anhörung stattfinden werde, bei der auch diese Gesichtspunkte erörtert würden.

Die Schöpfung bewahren — das Leben schützen

Auf seiner Sitzung am 3. 5. 1988 hat der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU beschlossen, die 29. EAK-Bundestagung vom 7. bis 8. Oktober 1988 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn unter dem Thema: „Die Schöpfung bewahren — das Leben schützen“ durchzuführen. Zu den Hauptrednern werden sowohl Generalsekretär Heiner Geißler als auch Bundesminister Wolfgang Schäuble gehören. Eingeleitet wird die Veranstaltung am Freitagabend, dem 7. Oktober 1988, um 20 Uhr durch das Theologische Abendgespräch. Nach den Vorträgen am Samstagvormittag, dem 8. Oktober 1988, werden drei Gesprächsforen folgen, in denen das Gesamtthema unter verschiedenen Aspekten beleuchtet wird.

Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit im April 1988 ist erwartungsgemäß deutlich zurückgegangen. Die nach den Osterfeiertagen folgenden Einstellungen, die im März wegen des späten Wintereinbruchs und wegen mehrerer Feiertage hinausgezögert worden waren, bewirkten einen spürbaren Abbau der Winterarbeitslosigkeit. Die Zahl der Kurzarbeiter sank ebenfalls deutlich. Positiv zu beurteilen sind vor allem die gestiegenen Zahlen der offenen Stellen; diese begründen Hoffnungen für viele Arbeitslose auf schnelle Vermittlung in Beschäftigung.

Besonders erfreulich sind vor allem der weitere Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, die auf dem niedrigsten vergleichbaren Stand seit sieben Jahren liegt, und der im Vergleich zum Vorjahr nochmals gestiegene Bestand an offenen Stellen. Immerhin waren Ende April bei den Arbeitsämtern 193.000 noch unbesetzte Stellen gemeldet; hierzu kommen zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten, die in den Stellenanzeigen der Zeitungen angeboten werden.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung schafft weiterhin mehr Beschäftigung: Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Frühjahr 1988 auf fast 26 Millionen gestiegen und liegt damit um mehr als 700.000 über dem Stand von 1984. Allerdings reicht dieser Beschäftigungszuwachs gegenwärtig nicht aus, um die neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Erwerbspersonen aufzunehmen.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß dieser Trend zu mehr Beschäftigung sich in den kommenden Monaten fortsetzen wird. Die Wachstumsentwicklung

verläuft spürbar besser als noch Ende letzten Jahres vorausgeschätzt. Lage, Stimmung und Perspektiven der Wirtschaft haben sich in den vergangenen Monaten zunehmend gebessert. Nachfrage und Produktion steigen. Vom privaten Verbrauch, der sich auf hohem Niveau hält, gehen kräftige Impulse aus. Gefördert und unterstützt wird diese positive Entwicklung durch die nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen: **stabile Preise, niedrige Zinsen, kräftige Steuerentlastungen und eine deutlich wachsende Massenkaukraft.**

Insgesamt ergeben sich so gute Voraussetzungen für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ganz erheblich zur Entlastung des Arbeitsmarkts beitragen könnte zudem die Erschließung bisher ungenutzter Beschäftigungsmöglichkeiten zu vielen Betrieben. Die Bundesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang den gemeinsamen Appell des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen durch den Abbau von Überstunden.

In der Reduzierung betrieblicher Mehrarbeit, in der Einrichtung weiterer Teilzeitarbeitsplätze und in mehr innerbetrieblicher Qualifikation liegt ein wichtiger Schlüssel zu mehr Beschäftigung und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Wenn hier die vielfach noch vorhandene Skepsis gegenüber neuen Maßnahmen überwunden und mit Mut und Phantasie auch bisher nicht erprobte Wege beschritten werden, kann vielen Arbeitssuchenden auf Dauer geholfen und der Arbeitsmarkt spürbar entlastet werden.

Für eine differenzierte Arbeitslosenstatistik

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, gab dem Kölner „Express“ folgendes Interview:

Express: *Wie ernst sind die Überlegungen in der Union zur Änderung der Arbeitslosenstatistik?*

Wissmann: Das meinen wir schon ernst. Die Arbeitslosenstatistik geht seit Jahr und Tag an der Wirklichkeit vorbei. Schuld daran sind Unternehmen, Arbeitsämter und das Gesetz.

Die Zahl der offenen Stellen ist — das belegen Umfragen — in Wahrheit vier- bis fünfmal so hoch wie in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, z. B. im IHK-Bezirk Stuttgart. Die Unternehmen melden einfach nicht mehr ihre offenen Stellen.

Arbeitslose, die sich bei einem Betrieb melden müssen, machen oft unmißver-

ständig klar, daß sie in Wirklichkeit gar nicht arbeiten wollen. Trotzdem melden die Firmen nach unserer Kenntnis neun von zehn solcher Mißbräuche nicht dem Arbeitsamt.

Express: *Wie wollen Sie das ändern?*

Wissmann: Industrie und Handwerksorganisationen müssen zusammen mit der Bundesanstalt für Arbeit an einen Tisch und strengere Richtlinien ausarbeiten, die zu einer besseren Meldepflicht führen und: die Bundesanstalt für Arbeit braucht ein neues Gesetz, das die Zumutbarkeit für Arbeitslose strenger regelt. Wer keine Arbeit, auch keine schlechter bezahlte, annimmt oder sich auch nur mangelhaft darum bemüht, darf kein Geld mehr bekommen. Arbeitswillige dürfen nicht länger unter dem schlechten Eindruck der Arbeitsunwilligen leiden.

Vorteile des europäischen Binnenmarktes

Der Staatsminister beim Bundeskanzler, **Lutz G. Stavenhagen**, schätzt den Gewinn, den die Deutsche Volkswirtschaft aus der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes ziehen kann, auf ca. eine Million Arbeitsplätze. Voraussetzung — so der Staatsminister anlässlich der vor der EG-Kommission vorgelegten Studie zum Binnenmarkt — dafür sei allerdings, daß die deutsche Wirtschaft, Unternehmer wie Arbeitnehmer, die Herausforderung des Binnenmarktes als Chance für mehr Flexibilität begreifen. Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital bei gleichzeitiger Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Freiberufler und Unternehmer innerhalb der EG erfordere ein Umdenken, auf das sich Teile der

deutschen Wirtschaft erst zögernd einstellten. In Frankreich, Italien und Großbritannien stelle sich die Wirtschaft offensiver auf den Binnenmarkt ein.

Zitat

Die Vorstellungen und Vorschläge der SPD-Opposition zur Finanz- und Wirtschaftspolitik laufen auf eine höhere Steuer- und Abgabenlast hinaus. Darauf müssen wir bei unserer politischen Argumentation in der Öffentlichkeit hinweisen. Es gilt, die Steuerreform offensiv zu vertreten und als das darzustellen, was sie ist, nämlich als eine gewaltige Entlastung, die im Portemonnaie aller Bürger spürbar wird.

(Theo Waigel, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag)

Mehr Französischunterricht in den Schulen

„Nach 25 Jahren deutsch-französischem Freundschaftsvertrag behandeln wir die französische Sprache in den deutschen Schulen nach wie vor stiefmütterlich. Dabei ist doch die Beherrschung der Sprache das hervorragendste Mittel für die Verständigung zwischen den Völkern und die Begegnung mit ihrer kulturellen Identität. Ich halte es daher für dringend geboten, den Französischunterricht zu verstärken“, stellte die Wiesbadener CDU-Bundestagsabgeordnete Hannelore Rönsch anlässlich des 25. Jahrestages der deutsch-französischen Freundschaft fest.

7,6 Millionen Schüler besuchen weiterführende Schulen in der Bundesrepublik Deutschland; davon erhalten aber nur etwa 17 Prozent Französischunterricht. Starke Abweichungen ergeben sich bei der Betrachtung der Schultypen. Den höchsten Anteil Französisch lernender Schüler verzeichnen naturgemäß die Gymnasien mit 44,8 Prozent (Abendgymnasium: 10 Prozent weniger), gefolgt von integrierten Gesamtschulen (30,5 Prozent) und Realschulen (28,8 Prozent). Das Schlußlicht bilden die Hauptschulen mit lediglich 2,7 Prozent.

„Gerade bei den Schultypen, die nicht zur Universität weiterführen, besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Die engen Wirtschaftsverflechtungen zum Nachbarland Frankreich erfordern aber auch im Handel und Handwerk Sprachkenntnisse. Für den Einstieg in die Tourismusbranche etwa sind sie eine fast unerlässliche Qualifikation für einen Ausbildungsvertrag.“

Noch bedenklicher ist nach Aussage von Frau Rönsch die Bilanz des außerschulischen Bereichs: „Schätzungen über Deutsche, die nicht mehr zur Schule gehen, sich aber mehr oder weniger auf Französisch verständigen können, belaufen sich auf 350.000 bis 400.000 Personen. Das entspricht weniger als einem Prozent der deutschen Bevölkerung, selbst wenn ich die gesamte Schülerschaft vorher abziehe.“

Wege, um die Kontaktpflege und sprachliche Verständigung zu verbessern sieht die Wiesbadener Abgeordnete durchaus: „Die Weichen werden in der Schule gestellt. Der Französischunterricht ist auszubauen und dem Englischen gleichzustellen.“

Hannelore Rönsch forderte die Kultusministerkonferenz der Bundesländer dazu auf, bei der zukünftigen Lehrplangestaltung entsprechend initiativ zu werden.

Neu im

Angebot:

50 Meter Tischdecke für 30 DM!

Rechtzeitig zur Sommerzeit die Endlos-Tischdeckenfolie mit CDU-Aufdruck. Die Tischdecke aus umweltfreundlichem Material ist die ideale Ergänzung bei Canvassing-Aktionen, Grillpartys und anderen Veranstaltungen.

Größe: 50 m x 90 cm
Preis je Rolle: 30,— DM
Bestell-Nr.: 9059

Berlin – jede Menge Zukunft

Unter diesem, Zuversicht ausstrahlenden Motto stand der 76. Landesparteitag (6. 5. 1988) der Berliner CDU in der wiederaufgebauten Kongresshalle. Und Eberhard Diepgen, Landesvorsitzender und Regierender Bürgermeister, erläuterte: „Zukunft ist das, was wir heute aus der Gegenwart machen.“

Der Parteitag fand statt im Vorfeld der Berliner Wahlen, die Ende Januar 1989 anstehen und denen die CDU mit Zuversicht entgegensieht: Nach letzten Meinungsumfragen ist die Koalitionsmehrheit nicht in Frage gestellt, und der Regierende Bürgermeister hat eine sattere Zustimmungquote von 62 Prozent. Hinzu kommt eine tiefe Zerstrittenheit der einstigen Kampfgefährten SPD und DGB, die sich bis in die Spitze hinein mit Verbalinjurien überschütteten.

Klaus Landowsky, Generalsekretär der Berliner CDU, beschrieb, wie es in Berlin zu dem Wandel von einer „sterbenden Stadt“ unter SPD-Führung zu einer Stadt gekommen ist, die wieder Zukunftshoffnung ausstrahlt, die als Wohn- und Standort wieder attraktiv geworden ist und die auf vielen Gebieten Lösungen entwickelt hat, die von anderen als modellhaft angesehen werden.

Die CDU als Partei habe tief in das Potential der Liberalen und der Arbeitnehmerschaft eingewirkt, ohne das konservative Element abzustoßen: „Uns ist also eine Verbreiterung des politischen Spektrums geglückt, nicht eine Verschiebung. Wir als die große Volkspartei repräsentieren heute als einzige Partei in Berlin ein Bevölkerungsspektrum, das von Wertkonservativen bis hin zur linken Mitte reicht — und zwar sowohl inhaltlich als auch personell. Das ist unsere Stärke“. Landowsky gab auch das Rezept

aus für die Arbeit der nächsten Monate bis zu den Wahlen: „Zuerst haben wir die gute Stimmung in die Stadt gebracht. Damit sind wir auf breite Zustimmung gestoßen: Jetzt müssen wir aus Stimmung und Zustimmung auch Stimmen machen, denn für jede Menge Zukunft brauchen wir auch jede Menge Stimmen“.

Eberhard Diepgen unterstrich, daß die Politik des von der CDU geführten Senats langfristig angelegt ist und bedauerte unnötige Schwierigkeiten, die entstanden seien, „weil die Sozialdemokraten die Strukturen der Stadt hatten verlottern lassen“. Jetzt aber seien Entwicklungen in Gang gesetzt und Entscheidungen getroffen worden, die sich in Zukunft positiv auswirken würden. Er nannte in diesem Zusammenhang Erdgas und Stromverbund, Fernwärme und Umweltschutz, die Möglichkeit neuer Transitübergänge und den Ausbau des Tourismus in die DDR, Verbesserungen im Luftverkehr und die geplante Schnellbahnverbindung zwischen Hannover und Berlin. Als Schwerpunkte der künftigen Senatsarbeit sieht Diepgen:

- Berlin als menschliche Stadt,
- vermehrte Arbeitsplatzchancen insbesondere durch Umwelt-Investitionen und
- den Ausbau Berlins als Metropole und Hauptstadt der Deutschen.

Zu allen drei Punkten verabschiedete der Parteitag programmatische Papiere, die zuvor in einer neuen Form von Bürgergesprächen erarbeitet worden waren.

Als große Aufgabe der Zukunft schließlich nannte Diepgen, das Gewicht und die Bedeutung Berlins im Europa der Zukunft zu bestimmen und allen Freunden die Einsicht zu vermitteln, „daß Europa nicht am Potsdamer Platz endet“.

Bernd Neumann wiedergewählt

Mit großer Mehrheit ist der Landesvorsitzende der Bremer CDU, Bernd Neumann, MdB, am vergangenen Wochenende (7. Mai 1988) auf dem ordentlichen Landesparteitag in Bremerhaven wiedergewählt worden. Bernd Neumann, seit 1979 Chef der Bremer Union, erhielt von 236 abgegebenen Stimmen 192 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen.

Ebenso in seinem Amt bestätigt wurde der stellvertretende Landesvorsitzende Reinhard Metz. Für den Fraktionsvorsitzenden in der Bremischen Bürgerschaft votierten bei insgesamt 228 abgegebenen Stimmen 186 Delegierte, 33 stimmten gegen ihn, 9 enthielten sich.

Völlig überraschend fand zuvor eine vom Landesvorstand vorgesehene Erweiterung des Führungsgremiums auf drei stellvertretende Vorsitzende zugunsten der Frauen und Bremerhavens nicht die satzungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit. Bernd Neumanns Appell, entsprechend dem Mitgliederanteil mehr Frauen in den Landesvorstand zu wählen, fruchtete bei den Beisitzerwahlen. Hier konnte der Anteil der Frauen von bisher 3 auf 5 erweitert werden, wie auch ein vom Landesvorstand vorgelegter innerparteilicher Frauenförderplan mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Zu Beginn des Landesparteitages hatte der alte und neue Vorsitzende Bernd Neumann dazu aufgerufen, trotz des schlechten Bürgerschaftswahlergebnisses nicht daran zu zweifeln, daß die grundsätzlichen Positionen der CDU mehrheitsfähig sind. „Wir müssen vielmehr überlegen, wie wir unsere Politik besser umsetzen und vermitteln können“, rief er den Delegierten zu. Für den Zeitraum nach der Sommerpause kündigte Bernd

Neumann eine großangelegte Mitgliederwerbemaßnahme an.

In seiner kämpferisch vorgetragenen Rede stellte sich Bernd Neumann eindeutig hinter die Reformvorhaben der Bundesregierung. „Schmidt war ein Meister im Verkaufen, Bundeskanzler Kohl ist Meister im Handeln.“ Kritisch setzte er sich mit den Streitereien in der Koalition auseinander, die ausschließlich durch Eitelkeiten, Empfindlichkeiten und Macht gekennzeichnet seien.

In dem landespolitischen Teil seiner Rede wies der 46jährige Politiker auf die nach wie vor miserable wirtschafts- und finanzpolitische Lage des kleinsten Bundeslandes hin, geißelte die Technologiefeindlichkeit der Bremer SPD und wertete die neue Schulschließungswelle als alleinige Folge der verfehlten Schulpolitik, die das gegliederte Schulwesen sukzessive zugunsten der integrierten Gesamtschule zerschlägt.

Im Mittelpunkt der Antragsberatung standen die Leitanträge für den kommenden Parteitag. Beide Papiere wurden mit geringfügigen Änderungen beschlossen. So soll unter anderem nach dem Willen der Bremer Union bei der häuslichen Pflege die Alterssicherung der Pflegepersonen „durch Anerkennung der Pflegezeiten“ expressis verbis verankert werden wie auch die europäischen Staaten aufgefordert werden, „einheitliche und strenge Sicherheitsrichtlinien für den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken völkerrechtlich verbindlich zu beschließen“.

Gegen Aids-Tests

Aids-Tests für Bewerber zum öffentlichen Dienst lehnt das Präsidium der hessischen CDU ab. Generalsekretär Jung: „Sie lösen nicht die wirklichen Probleme.“

Regionalprogramm verabschiedet

Unter Mitwirkung namhafter Persönlichkeiten aus dem vopolitischen Raum hat der CDU-Landesverband Oldenburg auf seinem Parteitag in Horumersiel nach einjähriger Vorarbeit ein regionales Arbeitsprogramm verabschiedet, das nach den Worten des CDU-Landesvorsitzenden Manfred Carstens, MdB, breite Unterstützung in der Bevölkerung erfahren und nicht ohne Beachtung in Brüssel, Bonn und Hannover bleiben wird. Als weiteren Höhepunkt des Parteitages wertete Carstens das Gastreferat von Bischof Dr. Sievers aus Oldenburg.

Mit dem Vorbehalt, daß mit der Verabschiedung der in dem Programm aufgeführten Anliegen, diese noch nicht finanziert seien, machte Carstens auf den Gestaltungsauftrag seiner Partei aufmerksam. Das beschlossene Papier beinhalte sowohl Marketing für das Oldenburger Land, verbunden mit einer positiven Leistungsbilanz der Regierungen Kohl und Albrecht, nenne aber auch Perspektiven zur Bewältigung der bestehenden Herausforderungen z. B. auf dem Arbeitsmarkt mit den Konsequenzen für das Bildungs- und Ausbildungssystem, zur Lage in der Landwirtschaft und der Diskussion um den EG-Binnenmarkt oder hinsichtlich des Technologiewandels und seiner sozialen Folgen sowie der mit zunehmender Freizeit verbundenen Probleme für Jugend, Familie und Gesundheit.

Schließlich sei bezogen auf das Recht nach Freiheit, Sicherheit und sozialer Geborgenheit sowie in Bezug auf unsere Verantwortung für die Schöpfung, die insbesondere den behutsamen Umgang mit der Umwelt bedeutet, versucht worden, Antworten zu geben.

Der CDU-Landesvorsitzende ging in seinem Rechenschaftsbericht auch auf die drei großen Bonner Gesetzesvorhaben ein. Er zeigte sich überzeugt, daß auch, wenn im Gesetzgebungsverfahren das eine oder andere Detail noch verändert wird, das Gesamtwerk der Steuerreform die Zustimmung der Bevölkerung findet und einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung unseres Landes diene. Allein für das Oldenburger Land rechnet Carstens nach Wirksamwerden der gesamten Steuerreform mit einem Kaufkraftschub von über 600 Millionen DM jährlich zusätzlich für die Wirtschaft des Raumes. Der CDU-Politiker ließ auch keinen Zweifel an der Notwendigkeit der Reformen unseres Gesundheitswesens und der Rentenversicherung. Sie seien schwierig, aber nötig. Es gelte, die Lohnkosten zu begrenzen und der demografischen Veränderungen Rechnung zu tragen. Deshalb habe Minister Blüm die Unterstützung des Landesverbandes.

Die Tarifpartner forderte Carstens auf, durch flexiblere Arbeitszeiten und die Bereitstellung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen sowie Qualifizierungsmaßnahmen als Investition in die berufliche Weiterbildung auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren.

Den für 1992 geplanten EG-Binnenmarkt nannte Carstens eine „tolle Perspektive“. Er forderte die Wirtschaft auf, die Chancen wahrzunehmen, die mit dem riesigen Markt von über 320 Millionen europäischen Mitbürgern verbunden sind. Die in Brüssel beschlossenen agrarpolitischen Maßnahmen werden, so der CDU-Landesvorsitzende, zur Stabilisierung des Agrarmarktes beitragen und erstmals wieder eine Perspektive in der Landwirtschaft aufzeigen.

20 Jahre BACDJ:

„Recht sichert die Freiheit“

Am 6. Mai 1988 fand im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eine rechtspolitische Tagung anlässlich des 20jährigen Bestehens des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) statt. In Anwesenheit von Justizminister Engelhard, Generalbundesanwalt Rebmann, zahlreicher Parlamentarier und Bundesrichter erinnerte der Vorsitzende des BACDJ, Minister Heinz Eyrich, daran, daß der BACDJ im Mai 1968 mit dem Ziel gegründet wurde, die Rechtspolitik der CDU programmatisch voranzubringen und die Arbeit zwischen den Rechtspolitikern der Länder zu koordinieren. Von Anfang an sei eine Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angestrebt worden.

Eyrich wies darauf hin, daß dem technologischen und sozialen Wandel in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft mit einem geschlossenen wertorientierten rechtspolitischen Konzept begegnet werden müsse. Ohne ein solches Konzept bestehe die Gefahr, die Orientierung zu verlieren. Eyrich forderte, bei der rechtspolitischen Diskussion den Dialog mit dem Bürger nicht zu vergessen. Recht könne nur akzeptiert und befolgt werden, wenn es im Bewußtsein der Bürger fest verankert sei. Eyrich wies ebenso wie Staatsminister a.D. Friedrich Vogel auf die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Juristen“ der CSU hin, dessen Vorsitzender, Staatssekretär Vorndran, ein Grußwort sprach.

Auf das Leitthema des BACDJ „Recht sichert die Freiheit“ eingehend, erklärte Friedrich Vogel, der BACDJ habe Frei-

heit nicht nur verstanden als Freiraum des einzelnen, sondern auch als den freiheitlich verfaßten Staat. Freiheitsicherung durch das Recht habe der BACDJ stets als zukunftsweisende Hauptaufgabe seiner Rechtspolitik erkannt.

In seinem Festvortrag unterstrich Bundeskanzler Helmut Kohl, daß der Beitrag des BACDJ aus den zahlreichen Überlegungen der CDU zu Grundsatzfragen, insbesondere solchen der Wertorientierung unserer Politik, nicht wegzudenken sei. Er mahnte dazu, entschlossen jeder schleichenden Erosion des Rechtsbewußtseins entgegenzutreten, und beklagte in diesem Zusammenhang ein sich abschwächendes Bewußtsein für den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung sowie eine zunehmende Vereinfachung, grundlegende Werte zu relativieren — vor allem jene Werte, die unserer Rechtsordnung zugrunde liegen.

Der Bundeskanzler forderte dazu auf, das Denken in nationalstaatlichen Kategorien zu überwinden. Dies setze die Bereitschaft voraus, auf Souveränitätsrechte zugunsten einer übergeordneten Gemeinschaft zu verzichten und sich den Entscheidungen einer übergeordneten schiedsrichterlichen Instanz zu unterwerfen.

Mit großem Nachdruck setzte sich der Parteivorsitzende für einen umfassenden Schutz des Lebens ein. Die heute noch unabsehbaren Möglichkeiten der modernen Medizin dürften und sollten genutzt werden, wo sie dem Leben dienen und die Würde des Menschen nicht verletzen. Sie fänden aber dort ihre Grenze, wo sie den Menschen zum Objekt von Zwecken machten, die seinem Wesen fremd sind.

In seinen Ausführungen zur Abtreibungsproblematik zitierte der Bundeskanzler das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten Fristenregelung: „Der Abbruch einer Schwangerschaft zerstört unwiderruflich entstandenes menschliches Leben. Der Schwangerschaftsabbruch ist eine Tötungshandlung.“ Er fuhr fort: „Wenn wir uns auf das christliche Menschenbild berufen, dann ist es unsere selbstverständliche Pflicht, Frauen, die sich in Not- und Ausnahmesituationen befinden, Unterstützung zu gewähren und sie damit zu ermutigen, ihr Kind zur Welt zu bringen.“ Kohl forderte mehr Verständnis und Engagement jedes einzelnen Bürgers für alleinerziehende Mütter. Sie seien in besonders starkem Maße auf die Solidarität der Mitmenschen angewiesen; sie hätten eine ungewöhnlich schwere Lebensaufgabe zu bewältigen und oft genug unter der Heuchelei ihrer Umgebung zu leiden.

Am Nachmittag fand unter dem Thema „Hat sich unser Verständnis vom Recht gewandelt?“ eine Podiumsdiskussion statt, an der neben dem BACDJ-Vorsitzenden Heinz Eyrich und dem designierten Verteidigungsminister Rupert Scholz der Präsident des Deutschen Juristentages, Prof. Lutter, der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, Rudolf Wassermann, und vom Norddeutschen Rundfunk Werner Hill teilnahmen.

(Eine Dokumentation der rechtspolitischen Tagung erscheint in der nächsten Ausgabe des Uid)

Renten Anpassung kann in Kraft treten

Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden zum 1. Juli 1988 um drei Prozent angehoben. Gleiches gilt für die Altersgelder aus der Altershilfe für Landwirte und die Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung.

Referenten-Entwurf zum Dienstleistungsabend

Bundesminister **Norbert Blüm** hat den Referenten-Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Dienstleistungsabends an die beteiligten Verbände und die Länder verschickt. Er soll nach Anhörung der Beteiligten schon bald vom Kabinett verabschiedet werden. Norbert Blüm erklärte dazu: „Damit passen wir uns fortschrittlichen und bewährten Lösungen in anderen europäischen Ländern an. Der Verbraucher und Bürger wird ebenso Gewinner der vorgesehenen Regelung sein wie der Einzelhandel und das Dienstleistungsgewerbe.“

Mit der Einführung eines Dienstleistungsabends soll es den Bürgern ermöglicht werden, am Donnerstag bis 21 Uhr oder eventuell bis 22 Uhr Waren einzukaufen sowie Dienstleistungen in Dienstleistungsbetrieben und Behörden in Anspruch zu nehmen.

Hoher Einnahmezuwachs der Gemeinden in Rheinland-Pfalz

Auch nach der zweiten Stufe der Steuerreform verzeichnen die Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz beachtliche Steuermehreinnahmen, betonte der Innenminister des Landes, **Rudi Geil** (CDU), in Mainz unter Hinweis auf die jüngste Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer. Im ersten Quartal 1988 hätten die Kommunen 419,7 Millionen Mark verbucht, fast 20 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Zuwachs zu einem Teil auf verspätete Zahlungen für das Jahr 1987 beruhe, verbleibe ein immer noch größerer Anstieg als im Durchschnitt früherer Jahre, erklärte Geil.

Hauptsache gesund

**Gesundheit sichern
Krankenkosten senken
Pflege unterstützen**

Unsere Krankenversicherung ist nicht mehr gesund, finanziell. Das weiß jeder, der die ständig steigenden Versicherungsbeiträge bezahlen muß. Reform oder Ruin lautet die Alternative. Norbert Blüm hat mit viel Mut eine grundlegende Erneuerung unseres Gesundheitswesens auf den Weg gebracht.

Das sind die Hauptziele der Reform:

● Konzentration auf das medizinisch Notwendige

Wer krank ist, muß jede mögliche Hilfe erhalten, ohne Rücksicht auf sein Einkommen. Dabei bleibt es. Auch wenn das notwendige Arzneimittel noch so teuer ist, zahlt die Krankenkasse ohne Zuzahlung des Patienten. Gibt es aber mehrere gleich gute Medikamente, ist nicht einzusehen, daß die Krankenkasse, deren Beiträge ja die Arbeitnehmer bezahlen müssen, immer nur das teuerste bezahlt.

● Niedrigere und stabile Krankenkassen-Beiträge

Die Ausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung steigen und steigen. 125 Milliarden Mark gibt die Krankenkasse heute aus.

Davon sollen 14 Milliarden gespart werden. Die Hälfte soll den Beitragszahlern zugute kommen. Wir wollen die Beiträge senken und stabilisieren, damit Versicherte und Betriebe nicht überfordert werden.

● Hilfe für häusliche Pflege von Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen

Die Zahl der hochbetagten und pflegebedürftigen Mitbürger steigt immer mehr. Pflegebedürftige Menschen sollen nach Möglichkeit in ihrer häuslichen Umgebung versorgt werden. Den pflegenden Angehörigen muß endlich besser geholfen werden. Sie sollen einmal jährlich 4 Wochen von der Pflegearbeit entlastet werden, um sich erholen zu können.

In einem zweiten Schritt sollen sie täglich für eine Stunde eine Pflegehilfe erhalten. Hierfür sind 6,5 Milliarden Mark vorgesehen, ein sozialpolitisch bedeutender Durchbruch.

Gesundheit geht vor: Die Gesundheitsreform ist ein Sieg wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Gerechtigkeit, aber auch des Gemeinwohls über Gruppeninteressen.

Was jetzt in der Krankenversicherung gespart wird, kommt allen zugute. Wir sparen nicht an der Gesundheit, sondern für die Gesundheit.

CDU



Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Bundeskanzler Helmut Kohl gratuliert Staatspräsident Mitterrand

Bundeskanzler Helmut Kohl sandte an den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand zu dessen Wiederwahl am 8. Mai 1988 ein Glückwunschtelegramm. Im 3. Programm des Südwestfunks erklärte er:

„Ich gratuliere ihm von dieser Stelle sehr herzlich zu seinem Wahlerfolg. Es ist ein Wahlerfolg und ein Wahlkampf gewesen, der ja bei uns in der Bundesrepublik größtes Interesse gefunden hat. Und dabei ist eines zutage getreten, was ich auch in dieser Stunde deutlich sagen möchte, nämlich die großartige Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen. Wir in Bonn und die Bürger der Bundesrepublik Deutschland wußten — egal, ob François Mitterrand oder Jaques Chirac gewählt wird —, die deutsch-französische Freundschaft wird gewinnen,

weil sie längst unabhängig ist von Regierungen, von Persönlichkeiten an der Spitze, weil das Wesen dieser Freundschaft, dieser Partnerschaft so tief im Volk verankert ist, daß kein Politiker sich dem entziehen kann. Deswegen war ja auch im Wahlkampf deutlich spürbar die Öffnung nach Europa. Die französische Regierung, Jaques Chirac wie der Präsident der Republik, François Mitterrand, haben all die Jahre hindurch, nicht zuletzt bei der letzten, sehr schwierigen Gipfel-Entscheidung im Februar in Brüssel, als es um die finanziellen Grundlagen der Gemeinschaft ging, mich nachdrücklich unterstützt, daß wir diesen gewaltigen Stein aus dem Weg räumen konnten und wir uns jetzt mit Riesenschritten dem großen europäischen Binnenmarkt 1992 nähern. Insofern, glaube ich, gehen wir gemeinsam in eine gute Zukunft.“

UID

15/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.